

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung

der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-,
Pflege- und Bade-Anstalten, Massage- und Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern etc.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Redaktion und Expedition Berlin W. 30.
Winterfeldstr. 24. Fernsprecher: Amt 9, 6488
Abdruck: Heinrich Burger.

Berlin,
den 24. November 1905.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Postgebühr) 2.— Mk.
Postnummer: 217 3164

Inhalt:

Der Kampf um das Koalitionsrecht. An unsere Kollegen und
Kolleginnen! Die Revisionen verurteilt werden. Aus den Stadt-
parlamenten. Aus unserer Versammlung. Berichtendes. Anzeigen.

Der Kampf um das Koalitionsrecht

Ist jetzt auf der ganzen Linie entbrannt. In fast allen Berliner Anstalten zeigen sich koalitionsfeindliche Reigungen der Anstaltsleitungen oder einiger Vorgesetzten. Neue Maßregelungen wurden wieder aus dem Berliner Krankenhaus Moabit gemeldet. Hier hat der Direktor Weichardt drei Verbandsmitglieder, einen Kollegen nach zweieinhalbjähriger, eine Kollegin nach fünfjähriger und eine weitere Kollegin nach neunjähriger Dienstzeit entlassen! In allen drei Fällen wurde den Beteiligten direkt von dem Herrn Direktor ins Gesicht gesagt, daß ihre Entlassung erfolge, weil sie Pflegerinnen und Schwestern „aufstöckeln“ und zum Anschluß an den Verband aufgefordert hätten. Auch wurde die Verteilung von Versammlungszetteln und Verbandszeitungen als weitere Entlassungsgrund bezeichnet. In diesen Fällen ist wieder einmal so recht eklatant bewiesen, wie wenig die Anstaltsleitungen auf die feierlich vor alle Welt verkündeten liberalen Grundsätze geben. Auf die Einzelheiten dieser Maßregelungen werden wir in nächster Zeit zurückkommen. Für heute wollen wir an dieser Stelle nur die Erklärung abgeben, daß für uns die Sache noch lange nicht erledigt ist. Der Verband unterstützt die Gemäßigten so lange sie nicht wieder andere Beschäftigung aufgenommen haben, aber er wird auch auf das allernächtigste gegen die jetzt araffierende Maßregelungenstunde vorgehen. Mit den lakonischen Erklärungen der Deputationen, daß die Entlassung nicht unangenehm gemacht werden kann, sind wir auf keinen Fall zufrieden. Der Nehde handschuh wird aufgenommen und noch sind unsere Mittel und Wege nicht erschöpft. Eine große Protestversammlung hat bereits am 1. November getagt, die folgende Resolution annahm:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von den neuesten drei Maßregelungen, die der Herr Direktor Weichardt im Krankenhaus Moabit verfuhrte. Sie sieht in den wiederholten Maßregelungen des Personals in Berliner Anstalten ihr staatlich gewährleitetes Koalitionsrecht in Gefahr und wendet sich hierdurch an den Magistrat und an das Stadtverordneten Kollegium mit der Bitte um Schutz. Die Versammlung beauftragt das Bureau, den Protest gegen die Einschränkung des Koalitionsrechts an oberster Stelle der Stadt zu Kenntnis zu bringen. Ferner wird der Verbandsvorstand beauftragt, bei den gesandten Körperschaften dahin zu wirken, daß das gesamte Anstaltspersonal der Gewerbeordnung unterstellt wird.“

Wir kommen, wie gesagt, auf diese Angelegenheit zurück und für heute möchten wir unsere Kollegen und Kolleginnen in

allen Anstalten auffordern, an dem Verbands festzuhalten. Niemand lasse sich durch Drohungen einschüchtern. Wo den Kollegen und Kolleginnen der Urlaub verweigert wird, um sie vom Versammlungsbesuch abzuhalten, so melde man uns dies sofort. Niemand lasse sich ins Hochhorn jagen! Höre niemand auf die Ratsschläge der Schwestern, Oberpfleger, Inspektoren und sonstigen Vorgesetzten, die darauf hinauslaufen, aus dem Verband auszutreten. Es hat niemand das Recht, den Kollegen und Kolleginnen die Verbandszugehörigkeit zu verbieten. Wer sich auf diese Weise seiner Rechte berauben läßt, verdient allerdings, gar keine Rechte zu haben. Es gilt unsere Rechte zu verteidigen und ein besseres Los zu erkämpfen.

An unsere Kollegen und Kolleginnen!

Nachdem unsere Bewegung ihre Wogen auch nach Dresden geworfen hat, sind wir im höchsten Grade erfreut, bei den Kollegen und Kolleginnen im Friedrichshagen und Johannisbader Krankenhaus eine Gleichartigkeit und Interessensähnlichkeit anzutreffen. In Anbetracht der traurigen und entwürdigenden Dienstverhältnisse wie sie in allen deutschen Krankenhäusern ausnahmslos herrschen geraden, unverständlich ist. Ich denke, die Erfahrung und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lehrt aus Mangel daran, daß wir eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen und sozialen Stellung nicht von dem Wohlwollen unserer Arbeitgeber erhoffen dürfen, sondern, daß wir eine Verbesserung unserer Lage uns ganz energisch selbst erkämpfen müssen, denn „ohne Kampf kein Preis“.

In Anbetracht des Nietenkampfes, den das deutsche Volk schon seit Jahrzehnten gegen Unterdrückung und Ausbeutung führt, ist es eine Schand und Schande, daß wir allein uns hier im Hintergrunde gehalten haben und der schmachvollsten Ausbeutung unserer Arbeitskraft durch die Stadt noch Vorzug leisteten, indem wir uns eine aller Menschenwürde lobt sprechende Behandlung gefallen ließen und dabei in Verhältnissen lebten, die aller Beschreibung spotten und bei jedem Unerwarteten ein ungläubiges Staunen hervorriefen. Wir verdienen durch unser absonderliches Verhalten allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen gegenüber die Berachtung eines jeden Fortschrittmachers und rechtsdenkenden Menschen, denn wir haben unsere Kulturarbeit (die Entwicklung der Krankenpflege und die Besserung der Mißstände in unserem Beruf) fast außer Acht gelassen. Die Krankheitsfrage ist eine Kulturfrage ersten Ranges, denn sie ist immer verbunden mit dem Interesse aller Teile der menschlichen Gesellschaft. Unsere Aufgabe war es, die Mißstände in unserem Beruf an Licht zu setzen, um dadurch eine durchgreifende Reform des Krankenwesens zu ermöglichen, denn, daß die Reichsausschüsse über das Krankenpflegewesen nicht den erwünschten Erfolg hatte, lag an dem Fehlen einer kräftigen Organisation.

Kollegen und Kolleginnen! Wer seinen Beruf ernst nimmt, muß es als seine heiligste Pflicht betrachten, mit aller Energie die Mißstände im Krankenpflegewesen zu bekämpfen, die ihre Ursachen nur in den aller Beschreibung spottenden Dienstverhältnissen des Pflegepersonals haben, denn die traurigen Verhältnisse, in denen wir leben, sind nicht wirkend auf die uns anvertrauten Patienten. Nur auf einer vernünftigen wirtschaftlichen und sozialen Grundlage ist es uns möglich, unseren schönen Beruf voll auszuführen, und es ist deshalb Pflicht eines jeden von uns, die Mißstände unseres Berufes ans Licht zu setzen, um so einer durchgreifenden Reform des Krankenpflegewesens

die Wege zu ebnen. Das können wir aber nur, indem wir uns zusammenschließen, aber nicht in einem Klimbimvereine, sondern in einer zweckentsprechende Organisation, wie unser Verband das ist. Unser Verband hat einen großen Aufschwung genommen, und so dürfen wir das Beste erhoffen.

Darum, Kollegen und Kolleginnen Dresdens, fordern wir Euch auf, unverzüglich in unsern Verband einzutreten, um mit vereinten Kräften ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen, unsere wirtschaftliche Lage günstiger zu gestalten und gegen alle Unterdrückung, Ausbeutung und entehrende Behandlung energisch Front zu machen! Untere Devise sei „Kampf und Arbeit“!

Wir wollen beweisen, daß auch das deutsche Anstaltspersonal seine Zeit begriffen hat, und man soll uns nicht mehr mitteilig von der Seite ansehen und sagen: Ach, das Pflegepersonal ist noch so dumm und rüchlos und weiß sich noch nicht zu organisieren.

Grüß auf zur Bewegung! r. Krankenpfleger.
Im Auftrage vieler Kollegen und Kolleginnen.

Wie Revisionen veranlaßt werden.

Im Neidertage wurde es bekanntlich s. J. auf das lebhafteste bekräftigt, daß Revisionen in Krankenhäusern vorher angemeldet werden. Wir wollten zu diesem Kapitel einen Beitrag aus ältester Zeit liefern. Am Donnerstag, den 4. November, fand im Berliner Krankenhaus Noabit eine Revision statt. Als die Herren im Speiseszimmer der Oberpfleger angelangt waren, äußerte einer der Herren, das Essen zu prüfen. Dies geschah und man fand den zweiten Tisch der Herren Oberpfleger ganz gut. Dies gehen auch wir zu, deshalb fordern wir für das gesamte Personal daselbst. Der dritte Tisch aber, den das Personal erhält, ist unter aller Kanone. Nebenbei kann das Personal die nächste Revision kaum erwarten, denn an diesem Tage war auch der dritte Tisch für das Personal bedeutend besser als sonst. Merkwürdig ist aber, daß die Oberin eine Stunde vor Erscheinen der Revisoren bereits einer anderen Schwester telephonisch Anweisungen gab, „weil nachher eine Revision stattfinden“. Die Schwestern klagen, daß sie kurz vor Revisoren kurzum zu tun haben, oft sogar ihre Mittagspause opfern müssen, damit beim Erscheinen der Revisoren alles in Ordnung ist. Das hindert aber nicht, demnach noch bekannter Methode zu leugnen, daß Revisionen vorher angemeldet werden.

Aus den Stadtparlamenten.

Hamburg. Das Gemeindefolgeamt hat den vom Magistrat beschlossenen Lohnsatz mit dem Antrag W.L.M. angenommen, der selber bis 1. Oktober rückwirkend zu machen. Der Antrag W.L.M. den autarkistischen Lohnsatz einzuführen, wurde gegen die Stimmen der G.S. Weber, Bernbard, Diemer, Geilbaal, Gohl, Mannhard und W.L.M. abgelehnt. G.S. Weber hatte beantragt, jene selbständigen und die selbständigen Arbeiter, welche in dem Lohnsatz nicht inbegriffen sind, auch um 10 P. pro Tag auszubehalten. Dafür stimmten nur die G.S. Weber, Bernbard, Diemer, Geilbaal, Mannhard und W.L.M., er war also auch abgelehnt. — Zu der neuen Arbeitsordnung für die gemeindlichen Unternehmungen der Stadt hatte G.S. Diemer beantragt, was Herr Lübbert schon im Magistrat haben wollte, nämlich daß die Intendantenarbeiter ebenfalls die 4 stündige Arbeitszeit bekommen. G.S. Geilbaal beantragte, den Intendantenarbeitern in den Wintermonaten ebenfalls 1 Stunde Mittagspause zu geben. Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der G.S. Weber, Geilbaal, Diemer, Gohl und W.L.M. abgelehnt. Dagegen gelangte ein Antrag W.L.M. zur Annahme, daß die selbständigen Arbeiter, welche in Winter nur 4 Stunden arbeiten, ebenfalls die stündigen 10 Stunden bezahlt erhalten.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Es ist ein alter Liebling, daß die Anstaltsleiter sich von Schmarrenern nicht besetzen lassen. Tatsache macht es uns sehr weihnachten, immer wieder aufzukommen in der Anstaltsverwaltung zu machen. Ein Teil davon läßt sich aber nicht bezeichnen, wenn man der Schmarrenerei geberig die zur weiten würde, leider werden sie nach oben weiter geschickt. Es ist ein solches Anstaltsleiter, die mit am aufmerksamsten sind, nicht nur im Rahmen der Anstaltsverwaltung, sondern im Reich. Friedrich Wilhelm Döbner, Sanitätsrat, erklärt, daß die Anstaltsleiter zu kommen. Dies ist aber der oberste Schmarrenen und der Teil von. Der allem fehlt aber der Herrmann Anna Engelrich, die, um das Amt, zu diesem, sich schon einmal wurde vom Reichsausschuss angesetzt, der Reichsausschuss wird aber nicht entlassen, allerdings steht sie bei dem 1. Januar in dem Amt, aus Schmarrenen zu kommen. Dieser ist ein Stück von der Engelrich, „ich habe es doch so weit gebracht, daß 144 entlassen muß“, der Herrmann einig Tage vor der Kandidatur gemacht hat für unsere Bewegung besprochen.

Auch über man im Reichswilhelm Döbner das Personal an der Ausübung des Sanitätsrates von hinten herum hindern zu müssen. Das Personal bekommt im Winter nur noch die 11 1/2 Stunden und kann dementsprechend Verordnungen nicht beenden. Dies soll aber nach Wunsch des Personals nicht der Anstaltsleiter,

sondern der Regierung bestimmt haben. Auch soll der Herr sich mißliebiger über die Urlauberteilung des Inspektors zur Dampfer-Wandspinnerei geäußert haben. Es könnten nach 9 Monaten Folgen eintreten.

Berlin. Ueber die Bedeutung der Wahlen zur Betriebskrankenkasse sprach Kollege Bürger in drei Versammlungen. Am 3. November in der Wahlabteilung für Bade-Anstalten etc., am 15. November für Herberge etc. und am 16. November für Daldorf etc. Die Versammlungen waren gut besucht, bis auf die Daldorfer. In Daldorf machen sich wieder koalitionsfeindliche Einflüsse bemerkbar, und so wurde auf einigen Häusern das Personal vom Versammlungsbesuch durch Urlaubsverweigerung ferngehalten. In allen Versammlungen wurden verbandsfreundlich die Kandidaten zur Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin aufgestellt und beschließen, für deren Wahl einzutreten. Das eigentliche vom Referenten behandelte Thema wird sobald die Raumverhältnisse der „Gewerkschaft“ dies erlauben, dort ausführlich erörtert werden.

Am Dienstag, den 14. November, versammelte sich das Personal der Charlottenburger Krankenanstalten der Oberin, Spornbauer. Das einleitende Referat über „Die Notwendigkeit des Personals in den Heilanstalten“ hatte E. Strunz übernommen. E.S. kritisierte die Redner die Standesverhältnisse in den Heilanstalten. Diese erinnern an Leibeigenschaft und die veraltete Gesindeordnung. Dem Personal werden allerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt bei der Ausübung des Koalitionsrechts. Besonders wurde hervorgehoben, daß es sich der Inspektor des alten Krankenhauses in der Kirchstraße angelegen sein läßt, den Pflegerinnen ihr Koalitionsrecht zu unterbinden. Gegen dergleichen autoritäre Herrschergelüste einzelner Beamten müßte entschieden werden. Dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung müßte derartige Uebergriffe solcher Beamten unter allen Umständen unterbreitet werden. In der Diskussion brachte ein Pfleger ganz erbauende Zustände aus der Dr. Edelichen Anstalt zur Sprache. Ein Patient mit Namen Kataroh, der in Herzberge und Daldorf gewesen ist, war zuletzt in der Dr. Edelichen Anstalt. Dieser, ein sogenannter „Greter Junge“, der im Ein- und Ausbrechen Reiter ist, hatte was man kaum für möglich halten sollte, mit Kösen der Kerze Detusche in seinem Beuge. Dadurch war er in der Lage, in der Anstalt sich frei und unangesehen bewegen zu können. Cines Tages war er verhängen. Doch in derselben Nacht wurde eingedrungen und verschwand der Oberkochen bei dieser Gelegenheit ein Sparfaßbuch über 1000 Mark, außerdem Personal Geldscheine. Ein Pfleger, der dergleichen Patienten auch nur das geringste geben würde, würde sofort entlassen werden. Dagegen haben dergleichen Patienten mit Kösen der Kerze ihr altes Handwerkzeug auch in der Anstalt im Beuge. Doch hebt dieser Fall nicht vornehmlich da. In anderen Berufs- und Heilanstalten ist es ebenso. Bei der neulichen Revision der Edelichen Anstalt durch den Reichspräsidenten wurde ein Zimmer, welches zu zwei Betten berechnet ist, zum wiederholten Male mit vier Betten belegt vorgefunden. Die zuständige entzündete sich damit, daß sie vier Patienten habe. Da aber Dr. Edel. zum größten Teil Patienten in seiner Anstalt habe, die ihm aus Daldorf überwiesen werden, so wäre es leicht, das Berliner Magistrat, sich zu überzeugen, wie seine Kranken in den Privat-Heilanstalten untergebracht sind. Allem Anschein nach scheint man für die Armen keine Zeit übrig zu haben. Von einem Medner wurde hervorgehoben, daß Herr Dr. Paul Engel, der Sohn des Sanitätsrates, die Pfleger nach ihrer Berufsständigkeit auf ganz eigene Art beurteilt. Es ist nicht zu übersehen, daß er seinen freien Willen gemachten Fragen trage, und ist es auch trüb, was es gilt, die geübten Arbeiten zu erledigen, den kann er nach seiner Meinung nicht gebrauchen. Wenn man aber annehmen wollte, daß die Arbeiter Dienstgeber und weisse Hände geliebt bekommen, der hat sich Grund zu getraut. Diese Ausgaben müssen die Pfleger von ihrem Mitarbeiter Lohn noch befreien. Ein Zuschauer vertritt die Ansicht, daß man nicht alles so schwarz malen solle und eines die Anstaltsleitung in Bezug Behandlung, Vergütung Lohn und Schlafstellen in allen Tonarten. Er holte sich aber eine gründliche Antwort. Alle Medner wandten sich gegen seine Ausführungen. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung zu arrangieren und die Vertreter des Magistrats, des Stadtverordnetenkollegiums sowie die Breite dazu einzuladen, um mal, der Öffentlichkeit ein Bild von den Verhältnissen in den Heilanstalten zu geben.

Hamburg. Am 8. November fand eine öffentliche Versammlung der Kollegen und Kolleginnen aus den Krank- und Heilanstalten im Hause des Herrn Döbner, Markt 2 Nr. 100. Die Veranstaltung gestaltete sich zu einem Bericht gegen die Bedeutung aller Zeit unter welcher das Personal und Arbeitspersonal in den staatlichen Anstalten demnach haben zu tun hatte. Die unmittelbare Besprechung zu diesem Bericht war die Diskussion des Kollegen Döbner auf dem Oppendorfer Krankenhause. Das Referat erstattete der Kollege Schönerberg. Seine anerkennenswerten Reden, was eine andere Art an dem mancherlei und mancherlei und mancherlei, auch unvorstellbar Maßnahmen gegen das Anstaltspersonal. E.S. gestellte wurde die Einleitung des Herrn Professor Hamburg, Direktor im Großhändler Krankenhauses, zu dem Behauptung, daß es in dem Koalitionsrecht die Herr über diese Herrschaft, hat er nicht können durch die Entlassung des Kollegen Döbner. Zum Schluss des Referats wurden mit unter, über, die Nummer 24 „Die Sanitätswarte“ vom

10. November 1905 zur Hand zu nehmen und in derselben in Spalte 181 ff. nachzulesen.) Nachdem Redner noch die vielen, vielen mit dem Koch- und Waschwesen verbundenen Mängel beleuchtet hatte, wurde eine gebarnichte Resolution gegen die Koalitionsrechtsverleger angenommen.

— Herzberge. Unsere Anstaltsleitung hat sicher geglaubt, durch die Maßregelung unserer Kollegen Genösche das Personal einzuwickeln und ihm wieder mehr bieten zu dürfen. Es wird jetzt wieder besonders schlechte Butir, mangelhaftes Extrakt und ranzige Butter geliefert. Als diese ranzige Butter zum Umtausch zurückgebracht wurde, regte sich der Herr Inspektor Viebig ganz überflüssiger Weise auf und erklärte, so schlecht sei die Butter nicht, daß sie nicht gegessen werden konnte. Allem Anschein nach ist der Geruchs- und Geschmackssinn des Herrn Viebig nicht intakt, denn er kann nicht mehr unterscheiden was schlecht riecht oder schmeckt. Demnach würde er sich für den Posten, den er jetzt bekleidet, nicht mehr recht eignen. Das Personal hat keine Lust, länger unter dem mangelhaften Geruchs- und Geschmackssinn des Herrn Viebig zu leiden.

Im Stadtverordnetenkollegium aber sollten sich doch endlich einmal Männer finden, die es unternehmen, der Sache auf den Grund zu gehen und feststellen woran es liegt, daß eine so gut und prompt zahlende Kundin wie die Stadt Berlin, so schlecht von den Lieferanten bedient wird.

Jedenfalls darf die Einsetzung einer Renagelkommission nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden.

Der Herr Oberpfleger Gläser, der die erforderlichen Hilfsdienste für die Maßregelung des Kollegen Genösche leistete, ist zu der Pöstererversammlung des Herberger Personals eingeladen worden, er zog es aber vor, nicht zu erscheinen und statt seiner Person der Versammlung einen Scheinbrief zu präsentieren. Der Brief wurde vorgelesen und erwiderte eine große Heiterkeit, deren Köhnen der Briefschreiber selbst zu tragen hatte. Er schreibt darin sogar, daß er eine kraße Transmigration mit geschickten Zielen zu schätzen weiß. Schade, daß wir diese schätzenswerte Meinung in der Versammlung nicht näher kennen gelernt haben. Die Einladung zur Versammlung ist sehr ernst gemeint gewesen. Herr Gläser beneidet das nämlich, aber er meint auch, daß er mißverstanden werden könne und möchte sich nicht gern den Belästigungen lassen. Demnach scheint der Herr sich veräußert unfrisch in seiner „gerechten Sache“ zu fühlen.

Wenn man den Oberpfleger ist, wird man nicht so leicht gekündigt wegen irgend welcher Verhöfe, selbst wenn sie ziemlich häufig sind.

Ein Oberpfleger wird beizuhilfen, sich gegen Patienten unfruchtlich vertragen zu haben. Eine Untersuchung ist allerdings eingeleitet. Er sind nun natürlich auch nicht der Meinung, daß wenn gegen einen Oberpfleger oder sonst einen anderen Vorgesetzten eine Anklage erhoben wird, dieser Anklage und Fall entlassen werden soll, ehe die Schuldfrage geklärt ist. Indessen die weitgehende Nachricht die in derartigen Fällen geht, wird, nicht sehr nobilitierend ab gegen die Strafe, die man gegen das sonstige Anstaltspersonal anwenden, besonders wenn dieses gemeinschaftlich organisiert ist. Der hier angeführte Oberpfleger ist noch nicht einmal von dem Hause, auf dem sich die bedenklichen Dinge abspielen haben sollen, nach einem anderen verlegt worden.

Die Pflegerinnen verschiedener Häuser beklagen sich seit einiger Zeit über schweren Dienst und doch unzureichende Bezahlung. Auf Haus 3 Aufnahme sind 130 Patienten und nur 24 Pflegerinnen. Außerdem sind noch 6 Nachtragsfrauen da. Auf Haus 5 sind 187 Patienten und nur 25 Pflegerinnen. Außerdem auch 6 Nachtragsfrauen. Der Arbeiterausfluß ist beachtlich worden, eine Erhöhung der Zahl der Pflegerinnen zu beantragen. Die lebhaftesten Beschwerden über unzureichende Bezahlung kommen immer von Haus 3. Dort führt Frau im G. als Oberpflegerin das Szepter. Die Patienten haben hier mehr Recht wie die Pflegerinnen. Die Kranken werden sogar gefragt, was die Pflegerin ihren Dienst mache. Die Oberpflegerin bringt Schürmähren unter Patienten eine heulöse Stimmung. Einige Kranke werden sogar dermaßen verhöhrt, daß eine Pflegerin ihnen überhaupt nichts zu sagen hat und sogar umgekehrt die Patienten die Pflegerinnen übermächtig müssen. Das nennt man dann geordnete Dienstverhältnisse in der Irrenpflege.

Die Kläuberarbeiten liegen auf Haus 5 nun ganz und gar im Argen. Wer sich das Kind zu machen versteht, genießt die weitgehenden Berufsbefreiungen, was sich nicht kann, muß sogar mit dem eigenen Urlaub zurückgehen. Auch die Bretterleute könnte sich eines andermalen Besuchs den übrigen Kolleginnen gegenüber befehlen. Sonderbar! Bei W. sind nicht mal organisiert. Der Vater und die verzeihen gar zu sein, daß sie vor dem auch nur einfache Pflegerin gehen und alle auf Haus 3 bleibt noch alles zu wünschen übrig. Die Kolleginnen sollen sich aber samt und sonders unsern Verbände anschließen, damit die G. und W. schließlich endlich einmal ein Ende nimmt.

— In der Anstalt **Wuhlgarten** wird dem Personal noch wie zur der ersten Hälfte des Jahres. Alle Anstalten haben jetzt diesen bedauerlichen Mangel an langem scheinbar durch das Personal erfüllt, daß Herr Sebald, der viel viel mehr von der Personal haben will, kann sich vielleicht aus Wohlwollen, dazu nicht entschließen. Wenn man bedenkt, daß in Wuhlgarten das Personal eigentlich 24 Stunden Dienst hat, indem es an den Stationen ist, ist man sich kann man die Dienstverhältnisse derselben ersehen. Im Etat sind

106 Pfleger angeführt, 95—100 sind aber in der Regel nur vorhanden. Trotzdem ist die Anstalt mit Patienten voll besetzt. Also auch mit Arbeit wird das Personal überlastet. Daß die **Margarine** weiter verabreicht wird, vertritt sich für Wuhlgarten am Rande. Nur möchten wir uns hier die beschriebene Frage erlauben: Genießt denn Herr Sebald mit seiner Familie auch Margarine?

— Wuhlgarten. Wie unsere Kollegen in den städtischen Anstalten behandelt werden, dafür spricht folgender Fall. Ein Pfleger in Wuhlgarten wird zur Hochzeit seiner Schwester als Trauzeuge geladen. Er fragt die Oberpfleger, ob er mit einem anderen Kollegen tauschen solle. Der Oberpfleger sagt ihm darauf, das sei nicht nötig, zu einer solchen Veranlassung gebe es Ertrahurlaub, was übrigens auch ganz selbstverständlich ist. Der Pfleger kommt also um Ertrahurlaub ein und meint nun alles getan zu haben, sich den Urlaub zu sichern. Am Hochzeitstage will nun der Kollege seinen Urlaubschein in Empfang nehmen und da wird ihm der Bescheid, Ertrahurlaub gibt es nicht, er hätte tauschen sollen. Auf eine Beschwerde seines neuen Schwagers bekommt dieser die folgende Antwort:

„Ihrem Schwager stand es frei, mit einem anderen Pfleger im Urlaubsausgang zu tauschen. Er hat sich dessen aber geweiigert, wie mir auch nachträglich nochmals versichert worden ist.“ Die Behauptung, der Pfleger habe sich geweigert, seinen Urlaub mit einem anderen zu tauschen, beruht auf Unwahrheit. Aber ein hartes Stück ist es, in einem solchen Falle den Ertrahurlaub zu verweigern. Das ist ja gerade so wie im Zuchthaus! Hier hätte die Deputation alle Veranlassung, dem Herrn Sebald einmal klar zu machen, daß eine städtische Anstalt noch lange kein Zuchthaus ist. Oder soll dieses Militärregiment noch weiter bestehen bleiben?

Verschiedenes.

Ein neuer Generaldirektor in Berlin. Ein neuer Posten, der eines Generaldirektors, soll für die städtischen Irrenanstalten geschaffen werden. Gegenwärtig haben wir drei große Anstalten für Arre, Idioten und Epileptische, in Dallwitz, Herzberge und Buch; außerdem werden zahlreiche Geisteskranke auf Köhen der Stadt Berlin in 30 Privatanstalten versorgt. Eine Oberaufsicht und Zentralstelle für dies ausgedehnte und schwierige Gebiet ist daher durchaus wünschenswert und notwendig. Berlin besitzt nur unter seinen unbedeutenden Raatsratsmitgliedern einen medizinischen Sachverständigen, Stadtrat Dr. Straßmann. Da aber dessen Wirkungskreis sich mehr und mehr erweitert, soll beabsichtigt sein, den Direktor der Nichtenberger Anstalt (Herzberge), Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Moeli, zum Generaldirektor über alle städtischen Anstalten zu legen.

In der **Unterbringung Geisteskranker in Berlin** wird auf ministerielle Anweisung in Zukunft eine wesentliche Änderung eintreten. Bisher wurden solche Verurteilten, die schon einmal in einer Irrenanstalt waren, aber seit mindestens zwei Jahren nicht anstaltsbeurteilt worden sind, im Nothfalle einfach von Polizei wegen, allerdings erst nach Einholung eines Perikultatschusses nach einer der städtischen Irrenanstalten gebracht. Von nun an soll bei derartigen Kranken eine mehrwöchige Beobachtung in der Charité vorangehen. Die Angelegenheit wird alle praktisch genau so behandelt, als ob der Kranke niemals unter irrenärztlicher Aufsicht und Beobachtung stand. Die Charité hat dann zu entscheiden, ob er wieder entlassen werden kann oder abermals für längere Zeit der Irrenanstalt zu überweisen ist. Damit wird neben einer nicht unwesentlichen Entlastung der überfüllten städtischen Irrenanstalten Berlins erreicht, daß der Kranke, dessen Nerven vielleicht bloß ganz vorübergehend überreizt sind, nicht von neuem in die Hände einer Irrenanstalt mit allen unersündlichen Folgen dieses Verfahrens gerät.

London. Die Arnee der Londoner Irrenjungen. Aus dem Jahresbericht des Komitees des Londoner Gesellschaftsrates für die Irrenanstalten geht hervor, daß in diesen Anstalten Londons am 1. Januar 1905 nicht weniger als 24.552 mittellose Irrenjunge untergebracht waren. Es war dies gegen das Vorjahr ein Zuwachs um 714 Köpfe. Seit dem Jahre 1899 betraugt der Irrenanstalt Standort mit durch genaue Untersuchung festgestellt haben, daß in 97 Proz. aller Fälle des Irrennis bei Männern und in 18 Proz. des Irrennis bei Frauen Alkoholgenuss als einer der Gründe der Erkrankung angegeben werden muß.

Neue Zubehöre haben sich seit einiger Zeit für die Sanitätswarte von **„Am Urban“** entwickelt. Am 21. Oktober wurde ihnen eine Besichtigung gestattet, nach der ein unzureichender Arbeiter, der fröhliche schenkerische Tumbler, welcher von der Direktion zum Überbauern gemacht wurde, in Abwesenheit des Maschinenmeisters die volle Betreuung derselben zu versehen hat, alle auch als Fortgeschrittener der geordneten, langandauernd beschäftigten Sanitätswarte gelte.

Es ist selbstverständlich, daß sämtliche Handwerker solche schmähtliche Anfinnen von sich wiesen und in einer Eingabe um Aufhebung dieses Unlases daten. Darauf wurde ihnen im Bureau eine diesbezügliche Verfügung des Direktors Diesener zur Unterschrift vorgelegt mit der Bemerkung, daß, wer sich der Anordnung nicht fügt, entlassen wird. Dem Zwang gehorchend, haben alle unterschrieben.

Daß nun solche Erniedrigung, welche von der verehrten Direktion den Handwerkern dadurch angetan ist, nicht im Interesse der Stadt Berlin liegt, dürfte außer Herrn Diesener wohl jeder fühlen, denn selbstverständlich geht durch solche Mißachtung jede Lust und Freude zur Arbeit verloren.

Sein Anteil an solch unwürdigen Zuständen scheint auch der Maschinenmeister Kochle zu haben, dessen Vöhen allerdings so wichtig zu sein scheint, daß er auch von einem Kohlenkutscher verliehen werden kann.

Die Deputation der städtischen Krankenhäuser aber, an deren Spitze Herr Stadtrat Weigert steht, möchten wir erlauben, sich dieser Sache einmal anzunehmen. Die Stadt Berlin könnte sich außerdem jährlich eine nicht unbedeutliche Summe sparen, wenn sie anstatt der Maschinenmeister mit guten Gehältern nur Kohlenkutscher einstellen würde. Am solchen Krankenhäuser scheint überhaupt in letzter Zeit Etwas in der Entlassung älterer Leute zu liegen. So ist der wohl Jahr beschäftigte Kupferfischer Lehmann aus nichtigen Gründen entlassen worden, ebenso der acht Jahre beschäftigte Kohlenfahrer Bruhn und andere, worauf wir noch später zurückkommen werden.

Den Handwerkern der Anstalten ist aus diesem Verkommen aber so recht klargemacht, wie dringend nötig es ist, sich lieber zusammenzuschließen, sich zu organisieren, damit solcher Mißachtung von oben mit sofortigen Gegenmaßnahmen begegnet werden kann.

Die Massage der Blinden.

Die Japaner, von denen wir vor 40 Jahren nicht viel mehr als den Namen kannten, haben sich seitdem durch Annahme der europäischen Kultur derart vervollkommen, daß sie in Zukunft voraussichtlich auch eine aemichtige Stimme im Rate der Völker mireden werden. Allerdings mußten sie sich zunächst dazu verstehen, ihre teilweise sehr veralteten Sitten durch Annahme der unsren zu vertauschen, was ihnen auch in bewunderungswürdiger Weise und in unaläublicher Schnelligkeit gelungen ist. Allein, wenn wir mit ihnen nunmehr enger in Berührung treten, so werden auch wir sicherlich manches finden, was wohl des Annehmens wert ist. So wird z. B. in der Pflege der Gesundheit kaum jemand behaupten können, daß die Japaner uns wesentlich nachstünden. Die Massage, welche ja bei uns erst vor wenigen Jahren wieder eingeführt worden ist, ist bei den Japanern so allgemein verbreitet, daß sich selbst viele Gesunde regelmäßig jeden Tag massieren lassen. Dabei vertreten die Japaner die richtige Ansicht, daß sich die Blinden in Folge ihres feinen Geuhls weit besser dazu eignen als Sehende, und wenn auch der Preis für eine einzelne Massage nicht gerade hoch ist, so erlangen die Blinden doch dadurch, daß sie eine genügende Beschäftigung haben, ein derartiges Einkommen, das arme Blinde in Japan zu den Seltenheiten gehören.

Es erscheint nahelegend, daß auch unsere Wohlthäter der Blinden schon wiederholt die Frage erwogen haben, ob man nicht auch bei uns den Blinden durch eine ähnliche Einrichtung ihre oft recht farglichen Einkünfte etwas verbessern könnte. Freilich sind gerade hier bei uns weit größere Schwierigkeiten als in Japan zu überwinden. Die Massage steht bei uns noch in den Kinderstuben. Gesunde denken noch gar nicht daran, sich massieren zu lassen. Durch diesen Umstand und die große Konkurrenz der Sehenden, welche in Japan nicht existiert, wird es schwer fallen, für alle Beschäftigung zu finden. Vor allem aber müßten wohl nur wenige, wie die Japaner, ohne Führer sich auf den belebten Straßen allein durchfinden können. Aber dennoch hat es ein Leipziger Arzt, Herr Dr. Graebrecht, seit einigen Jahren übernommen, Blinde für diesen Beruf auszubilden, und wenn sich auch seine Erfolge noch keineswegs mit denen der Japaner vergleichen lassen, so hat er doch volles Recht, darauf stolz zu sein. Er bildet die Blinden genau wie sehende Masseure aus, indem er ihnen erst den Bau des Körpers lehrt, wobei ihm außer verschiedenen Objekten, unter anderem eine fühlbare Zeichnung des Blutlaufes, auch ein in Blindenschrift gedrucktes Lehrbuch über den Körperbau und die Massage zu Hilfe kommt. Nach Schluß des eigentlichen Unterrichts müssen sie sich noch einige Wochen praktisch in einer Klinik üben, so daß sie schließlich der Prüfung eines Arztes sich unterziehen können.

Eine weitere sehr glückliche Idee war es, daß unsere ersten Masseure Männer waren, die erst in späteren Jahren, nach ihrer Verheiratung, ihr Augenlicht verloren hatten. Diese haben nämlich eine bedeutend größere Energie als Krüppelblinde, um die Vorurteile der Sehenden zu überwinden. Ein Mann, der durch seine Erblindung darauf angewiesen ist, die Bedürfnisse für die Seinen durch Almosen zu erlangen, wird natürlich mit viel größerem Eifer eine Gelegenheit ergreifen, sich aus diesem unangenehmen Zustand zu befreien, als ein in der Kindheit erblindeter, der meist ziemlich bescheiden ist. Allerdings mögen diese hinwegberum gewandter sein und sich besonders für Kliniken besser eignen. Schließlich wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß es Herrn Dr. Graebrecht tatsächlich gelungen ist, für einige der von ihm ausgebildeten Blinden Stellen in Kliniken und Krankenhäusern zu erlangen.

Prüfung für Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen in Hamburg. Auf Wunsch teilen wir mit, daß in Hamburg das

Medizinalkollegium für die Prüfungen des Pflegerpersonals zuständig ist. Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind beim Medizinalkollegium (Stadthaus, Zimmer 151) einzureichen. Dem Gesuch sind beizufügen:

1. die Geburtsurkunde,
2. ein Zeugniszeugnis der Polizeibehörde des Geburtsortes,
3. ein selbstgeschriebener Lebenslauf,
4. bei weiblichen verheirateten Bewerberinnen die Heiratsurkunde,
5. ein arztärztliches Gesundheitszeugnis,
6. Nachweise über die Dauer der praktischen Tätigkeit in der Krankenpflege.

Zur Prüfung werden nur solche Personen zugelassen, welche das 21. Lebensjahr vollendet haben und die erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere in sittlicher Beziehung, besitzen.

Die letzte Prüfung fand in diesem Herbst durch die Prüfungskommission des Medizinalkollegiums statt und zwar nach Maßgabe der Verordnung eines hohen Senats, betreffend das untere Heil- und Pflegerpersonale vom 6. Mai 1902.

Anzeigen.

Achtung!

Dresden.

Achtung!

Unsere nächste Sitzung findet

Mittwoch, den 6. Dezember 1905, abends 9 Uhr

im Restaurant „Diana-Bad“, Bürgerweide 27 statt, und nicht, wie in voriger Nummer der „Sanitätswarte“ bestimmt war

Nob. Hble.

Sektion XIII (Bade-Anstalten).

Sonntag, den 3. Dezember 1905, abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

bei Palt, Traugottstr. 15.

Die Versammlung findet in Anbetracht an die Delegiertenwahl für die Krankenkasse statt. Wir erwarten daher, daß auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin in jeder Anzahl von dem Wohlwicht Gebrauch macht. Die Wahl findet von 6 bis 8 Uhr im Turnsaal der Schule, hinter der Garnisonkirche Nr. 2 (Neue Friedrichstraße) statt. Es scheint jeder Kollege und jede Kollegin in der Versammlung, da äußerst wichtige Punkte zu erledigen sind.

Für die Sektionsleitung: Paul Strunf

Filiale Groß-Berlin.

Wir machen die Kollegen und die Kolleginnen nochmals auf unser Stiftungsfest am Sonnabend, den 25. d. M., aufmerksam. (Siehe Inserat.)

Wir erwarten, in Anbetracht der Reichhaltigkeit des Programms und der Gediegenheit der gebotenen Genüsse, einen zahlreichen Besuch aus allen Sektionen.

Das Vergnügungskomitee.

Dem Kollegen Thierling nebst Gattin senden noch nachträglich die besten Glückwünsche zu seinem Geburtstagsfest.

Die organisierte Kollegenschaft der Anstalt Bahngarten.

Achtung! Filiale Groß-Berlin!

Sonnabend, den 25. November 1905, abends 8 1/2 Uhr, in den Räumen des Palais Theaters, Bürgerstr. 22 (Eina Wolfenstraße)

Zweites Stiftungsfest

Großes Spezialitäten-Programm

ausgeführt vom aemianten Künstler-Ensemble des Palais Theaters

Fest-Musik Fest-Musik

Nach der Vorstellung: Große Verlosung
Gr. Ball - Beteiligung frei Jed Besucher erh ein Los gratis

Serenkarte 50, Damenkarte 30 Pf.

Garderobe 15 Pf.

Programms gelangen an der Kontrolle gratis zur Verteilung